

Bundestagswahl | 14.09.2017 | Lesezeit 6 Min.

„Die Freiheiten in der EU fallen nicht von den Bäumen“

Die künftige Bundesregierung muss die Fahne des Freihandels hochhalten und sollte den vorhandenen finanziellen Spielraum für mehr Investitionen nutzen, sagt Markus J. Beyrer im iwd-Interview. Der Österreicher ist Generaldirektor der europäischen Vereinigung der Industrie- und Arbeitgeberverbände BusinessEurope, zu dessen Mitgliedern die deutschen Organisationen BDA und BDI gehören.

Herr Beyrer, welche europapolitischen Initiativen wünschen Sie sich von der künftigen Bundesregierung?

Wir erwarten uns von Deutschland ziemlich viel, weil Deutschland eine klare Führungsrolle in Europa hat und diese auch verstärkt ausfüllt. Und das ist auch gut so, denn es gibt eine ganze Menge zu tun. So müssen wir die Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Eine Reihe von Dingen haben wir schon auf den Weg gebracht, wie zum Beispiel Digitalunion, Bankenunion, Kapitalmarktunion und Energieunion. Ganz wichtig für uns ist nun, dass wir in der Industriepolitik auf europäischer Ebene Fortschritte machen. Da ist Deutschland für uns ein großer Unterstützer, weil dort das Thema verstanden wird. Wir hoffen, dass wir auf diesem Gebiet bald zu einer ganzheitlichen europäischen Industriestrategie kommen.

Dann ist für uns die internationale Handelspolitik ein ganz wesentlicher Punkt. Wichtig ist, dass Deutschland weiterhin einen starken Freihandelskurs fährt. Denn trotz aller Probleme in bestimmten Teilen der Welt müssen wir weiterhin neue Märkte erschließen. Schließlich werden künftig mehr als 90 Prozent des Wachstums außerhalb Europas stattfinden. Dementsprechend kommt es darauf an, dass

europäische Unternehmen Zugang zu diesen Märkten haben. In einer Zeit, in der wieder mehr Protektionismus betrieben wird, ist es wichtig, dass Europa sein offenes Wirtschaftsmodell dagegenhält. Auch auf den Gebieten Binnenmarkt und Digitalisierung gibt es noch viel zu tun.

Ein gemeinsames Europa steht auf einer Stufe mit den USA und China – jedes Mitgliedsland allein schafft das nicht.

Insgesamt geht es nicht zuletzt darum – und hier spielt Deutschland eine große Rolle –, der europäischen Bevölkerung ganz stark bewusst zu machen, dass es erstens das von allen gewollte europäische Lebensmodell – dass wir also keine spürbaren Grenzen haben und man zum Beispiel studieren kann, wo man möchte – nicht ohne die europäischen Strukturen geben kann. Und zweitens, dass wir zwar als gemeinsames Europa mit den USA und China auf einer Stufe stehen, jedes Mitgliedsland für sich allein das aber nicht schafft.

Die Meinungen der deutschen Parteien dazu, ob die Euroländer künftig ein eigenes Budget und eine eigene Wirtschaftsregierung brachen, sind geteilt. Wie steht BusinessEurope zu diesem Thema?

Klar ist, dass die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) einen wesentlichen Beitrag zu unserem Wohlstand leistet und der Euro ein starkes Symbol der europäischen Integration ist. Gleichzeitig hat die Krise gezeigt, dass es einige Konstruktionsfehler gibt, die WWU bis dahin also ein Stück weit ein Schönwettermodell war. Wir glauben also, dass es eine Vertiefung der WWU geben muss. Ein gemeinsames Budget und eine Wirtschaftsregierung können am Schluss des Prozesses als Symbole stehen, aber noch wichtiger ist die Substanz.

Wir müssen vor allem den Zusammenhalt zwischen europäischer und nationaler Politik stärken und Möglichkeiten schaffen, dass die geplanten Strukturreformen auch tatsächlich durchgeführt werden.

Weiterhin müssen wir die Bankenunion vollenden, sowohl was die Aufsicht als auch die Einlagensicherung angeht.

Wir stehen auch der Debatte über einen Finanzminister und das gemeinsame Budget offen gegenüber, halten diese Elemente aber nicht für unbedingt zwingend. Wir meinen schon, dass es eine makroökonomische Stabilisierung im Euro-Währungsgebiet geben sollte, um asymmetrische Schocks abzufangen - wollen aber keine Lösung, die zu permanenten, bedingungslosen Transfers führt. Voraussetzung dafür ist vielmehr, dass die Mitgliedsstaaten die erforderlichen Strukturreformen durchführen. Wir müssen also in Europa eine gute Balance zwischen Risikoteilung und Risikominimierung finden.



Eine der Debatten im Bundestagswahlkampf dreht sich um die Frage, ob die EU mehr investieren sollte oder ob die Brüsseler Haushaltsmittel eher beschnitten werden sollten. Wie würden Sie darauf antworten?

Für eine Beschneidung der Mittel sehe ich keinen Raum. Das Brüsseler Budget ist ohnehin sehr beschränkt und es gibt eine ganze Reihe von Dingen, die nur mit gesamteuropäischen Hebeln zu bewegen sind. Klar ist zudem, dass wir eine riesige Investitionslücke haben - in Europa insgesamt, aber auch in einer Reihe von Mitgliedsstaaten. Das hat bereits negative Auswirkungen auf das Wachstumspotenzial und die Produktivität. Zum einen das europäische Budget, zum anderen aber auch die viel größeren nationalen Budgets sollten da, wo es geht, stärker auf eine Unterstützung des Wachstums ausgerichtet werden. Es ist zum Beispiel Konsens, dass Deutschland mehr investieren sollte. Wir alle wissen, dass es in der Verkehrsinfrastruktur einiges zu tun gibt. Zudem geht es um die Nord-Süd-Trassen der Stromnetze, um den Ausbau der Breitbandnetze, aber auch um Investitionen in Bildung und insbesondere in die Forschung. Deutschland sollte also seine Haushaltsüberschüsse nutzen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und das

Potenzialwachstum zu erhöhen.

Wir sind aber nicht diejenigen, die sagen, dass solche Investitionen nur von der öffentlichen Hand kommen können. Der Löwenanteil muss sicherlich aus dem privaten Bereich kommen – dafür müssen allerdings die richtigen Voraussetzungen geschaffen werden.

Die EU hatte zwischenzeitlich in der Bevölkerung einen schweren Stand und stößt erst seit Ereignissen wie dem Brexit-Votum wieder auf mehr Zustimmung. Inwieweit kann BusinessEurope dazu beitragen, den Bürgern die Vorteile Europas zu vermitteln?

Wenn der Brexit etwas Positives bewirkt hat, dann dies: Er hat vielen Menschen vor Augen geführt, wie leicht man etwas kaputt machen kann, was wir alle als gegeben angenommen hatten. Die Brexit-Verhandlungen zeigen zum Beispiel, wie wichtig die Teilnahme am europäischen Binnenmarkt ist.

Die Stimmung in Europa hat sich tatsächlich gedreht, aber das ist natürlich kein Ruhekitzel. Wir müssen also mit unserer Arbeit auf dem Brüsseler Parkett dazu beitragen, dass Europa den Bürgern das bringt, was sie erwarten – und das sind im Wesentlichen wirtschaftlicher Wohlstand, Jobs und Sicherheit. Hier hat sich BusinessEurope zum Beispiel stark in die Debatte eingebracht, wie man die EU-Außengrenzen smart schützen kann. Denn das Sicherheitsbedürfnis der Menschen ist sehr groß, gleichzeitig wollen wir uns aber innerhalb Europas frei bewegen können, sodass wir uns um die Außengrenzen kümmern müssen. Eine Mauer zu bauen, ist jedoch nicht besonders smart. Es gibt aber andere Möglichkeiten, man könnte zum Beispiel digital-elektronisch gesteuerte Drohnen einsetzen.

Zu Ihrer Frage, was wir bei BusinessEurope für die Stimmung in Europa tun können: Da gibt es keine Patentlösung für alle EU-Länder. Stattdessen suchen wir im engen Dialog mit unseren nationalen Mitgliedern, welche Best-Practice-Beispiele es gibt, und prüfen dann, ob man diese auch in anderen Ländern anwenden kann.

In Schweden etwa geht unser Mitgliedsverband auf Unternehmen zu, die in den einzelnen Regionen und Städten eine große Glaubwürdigkeit besitzen. Dann diskutieren diese Unternehmen vor Ort in Bars und Lokalen mit den Menschen über europäische Themen – zum Beispiel über den Zusammenhang zwischen dem europäischen Way of Life und den dafür notwendigen europäischen Strukturen. Denn in Befragungen sagt eine überwältigende Mehrheit von bis zu 90 Prozent der Menschen, dass sie das freie Reisen, die gemeinsame Währung und den Vorteil, überall einen Job annehmen zu können, sehr schätzen. Wenn die Menschen dann

gefragt werden, wie sie die EU und ihre Strukturen finden, fallen die Antworten je nach Land zwar immer noch positiv aus, aber auf deutlich niedrigerem Niveau.

Wir wollen also auf regionaler Ebene dazu beitragen zu vermitteln, dass die genannten Freiheiten nicht von den Bäumen fallen und zum Beispiel eine positive Errungenschaft wie der Binnenmarkt - das zeigen die Brexit-Verhandlungen ja schon heute - eben nicht umsonst, also nicht ohne Regulierungen aus Brüssel zu haben ist.

Im Interview: Markus J. Beyrer *Generaldirektor der europäischen Vereinigung der Industrie- und Arbeitgeberverbände BusinessEurope*



Kernaussagen in Kürze:

- Der Generaldirektor des europäischen Industrie- und Arbeitgeberverbands BusinessEurope, Markus J. Beyrer, wünscht sich von der künftigen Bundesregierung, dass sie weiterhin einen starken Freihandelskurs fährt.
- Deutschland solle sich zudem dafür einsetzen, dass die Wirtschafts- und Währungsunion vertieft wird, ein gemeinsames Budget und eine Wirtschaftsregierung seien dafür nicht zwingend nötig.
- BusinessEurope will mithilfe seiner Mitgliedsverbände den Bürgern vermitteln, dass die europäischen Freiheiten nicht ohne Regulierungen aus Brüssel zu haben sind.